



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Bundesamt für Landwirtschaft BLW

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Schaffung ei- ner Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft

Februar 2009

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen	3
2 Ergebnisse	3
2.1 Grundsätzliche Haltung zur Vorlage	3
2.2 Spezialfonds gemäss Artikel 52 FHG	4
2.3 Einschränkung auf die Landwirtschaft	4
2.4 Einbezug alternativer Finanzierungsquellen	5
2.5 Befristung der Massnahme	6
2.6 Redaktionelle Änderungsvorschläge	6

1 Vorbemerkungen

Mit Beschluss vom 10. September 2008 ermächtigte der Bundesrat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD), eine Vernehmlassung zur Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft durchzuführen. Das EVD schlug vor, die Summe der Agrarzolleinnahmen ab 2009 in der Bilanz der Staatsrechnung zu reservieren und zu diesem Zweck einen neuen Artikel im Landwirtschaftsgesetz einzufügen. Weder die schuldenbremskonforme Finanzierung noch die konkrete Ausgestaltung der Begleitmassnahmen waren Gegenstand dieser Vorlage.

Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis am 21. November 2008. Für den vorliegenden Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung wurden die Stellungnahmen der 77 Vernehmlassungsteilnehmenden berücksichtigt, die bis am 3. Dezember 2008 eingegangen waren. Die verwendeten Abkürzungen sind im Verzeichnis (Anhang) zu finden.

2 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Vernehmlassung werden in der Reihenfolge Kantone, politische Parteien und Organisationen dargelegt.

Die grundsätzliche Haltung zu einem Abkommen Schweiz-EU im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL) oder einem WTO-Abschluss wurde in den meisten Stellungnahmen dargelegt. Da sie jedoch für die Vernehmlassungsvorlage nicht von Bedeutung ist, wurden diese Beiträge nicht ausgewertet.

2.1 Grundsätzliche Haltung zur Vorlage

Die grosse Mehrheit der Kantone begrüsst die Vorlage. Den Kantonen VD und JU ist die vorgeschlagene Lösung zu wenig verbindlich. Sie fordern konkretere und verlässlichere Zusicherungen zur Finanzierung der Begleitmassnahmen.

Von den politischen Parteien stehen die SPS, CVP, FDP und die CSP dem Vorschlag einer Spezialfinanzierung nach Art. 53 FHG positiv gegenüber. Die CSP verlangt, dass die Landwirtschaft ihre ökologische Verantwortung wahrnimmt und die Erreichung der im Bericht des BAFU und BLW umschriebenen Umweltziele als zwingende Voraussetzung für die finanzielle Sicherung der Begleitmassnahmen bezeichnet wird.

Die SVP bezeichnet die Vorlage als eine Alibiübung, sie sei nur eine Sterbepremie für einen Grossteil der Landwirtschaft. Die Grünen stimmen aus folgenden Gründen nicht zu: Es liege keine Strategie zur Erhaltung der Wertschöpfung in der Landwirtschaft ohne Einkommensverlust und keine Nachhaltigkeitsbeurteilung vor. Es müsse Rechenschaft abgelegt werden, wie weiterhin die von der Bevölkerung erwarteten multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft erbracht werden können. Vom Parlament werde eine Finanzausgabe erwartet, ohne dass das Parlament weiss, welcher Art die zu finanzierenden Begleitmassnahmen sein werden und woher die Mittel effektiv stammen werden. Letzteres wird auch von der SPS bemängelt.

Der SBV, IP- und Bio-Suisse sowie die produktbezogenen bäuerlichen Organisationen begrüssen die Vorbereitung der Finanzierung von Begleitmassnahmen, sind aber mehrheitlich der Meinung, dass der Vorschlag zu unverbindlich ist. Die VKMB, die

Landfrauen (SBLV) sowie die Bauernvertretung der Westschweiz (Agora, Uniterre, Prométerre) lehnen die Vorlage ab, da sie zu wenig weit gehe und zu unverbindlich bleibe. Die konsultierten Konsumentenorganisationen sind geteilter Meinung. Während das Kf zustimmt, lehnt der Konsumentenschutz die Vorlage ab, weil die Begleitmassnahmen bisher keine Strategie zur erfolgreichen Bewältigung eines FHAL einschliessen.

Economiesuisse und die Arbeitgeber sind gegen die Vorlage, weil die Problemlösung in die Zukunft verschoben und die Mindesthöhe der Begleitmassnahmen zementiert werde. Zudem bestünde eine grosse Unsicherheit über die künftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Falls aus politischen Gründen an der Schaffung einer Bilanzreserve festgehalten wird, seien zwei grundsätzliche Änderungen vorzunehmen: Die Höhe der Reserve sollte stark reduziert und die Mittel explizit auch für Begleitmassnahmen für die erste Verarbeitungsstufe der Nahrungsmittelindustrie eingesetzt werden.

Der Gewerbeverband, der Gewerkschaftsbund, die IGAS und die Organisationen der nachgelagerten Stufen des Nahrungsmittelsektors (Fial, SFF, Coop, Migros und Réservesuisse) äusserten sich zustimmend zur Vorlage. Demgegenüber stehen die Umweltschutzorganisationen (Pro natura, SVS) mit der gleichen Begründung wie die Grüne Partei der Vorlage ablehnend gegenüber.

2.2 Spezialfonds gemäss Artikel 52 FHG

Eine Minderheit der Kantone (UR, OW, NW, FR, SH und GR) fordert einen Spezialfonds nach Art. 52 FHG, der laufend mit effektiven Bundesausgaben alimentiert wird.

Von den Parteien unterstützt die SPS diese Haltung, während die FDP klar gegen eine solche Lösung ist. Die andern Parteien äussern sich nicht explizit zu dieser Frage.

Die bäuerlichen Kreise (SBV, AGORA, Prométerre, SMP), die Organisationen der vor- und nachgelagerten Stufen (swissem, Swiss granum, SGPS, SKGS und swisscofel) sowie der Gewerbeverband sprechen sich klar für die Schaffung eines Spezialfonds aus. Die Migros bezeichnet diesen Vorschlag als gangbaren Weg, der Fleischfachverband, das Centre patronal, Coop und das Konsumentenforum lehnen ihn ab.

2.3 Einschränkung auf die Landwirtschaft

Drei Kantone (NW, GR, AI) fordern, dass die Spezialfinanzierung ausschliesslich für Begleitmassnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft eingesetzt werden. Die übrigen Kantone äussern sich nicht zu diesem Thema.

Von den Parteien bezieht nur die SPS Stellung. Auch sie will, dass die Mittel nur für die Landwirtschaft verwendet werden.

Die bäuerlichen Kreise sind in dieser Frage geteilter Meinung. Der Bauernverband (SBV) und die Landfrauen (SBLV) möchten die Spezialfinanzierung auf die Landwirtschaft beschränken. Swissem, Suisseporc, Swiss granum, swisspatat, swisscofel, VSGP, economiesuisse, der Gewerbeverband wünschen eine Einbezug der ersten Vermarktungs- und Verarbeitungsstufe. IP-Suisse und Vertretungen der

Lebensmittelindustrie (VSF, BOB, BSM, Emmi, VKGS, DSM, Coop, fial, SFF, Uniterre und IGAS) sprechen sich für eine Ausdehnung auf die gesamte Wertschöpfungskette aus. Sie beziehen sich auf die Unterstützung in der EU und verlangen gleich lange Spiesse bei einer Marktöffnung. In einigen Stellungnahmen (Swiss granum, DSM, fial) wird angeregt, dass die gesetzliche Grundlage in einem Spezialerlass geschaffen werden soll, um den Geltungsbereich erweitern zu können. Die Finanzierungsfrage soll kongruent zum Mandat des EVD an die Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen, welche Vorschläge für die gesamte Ernährungswirtschaft ausarbeitet, gelöst werden.

Coop will nicht, dass eine separate Finanzierungsvorlage für die Verarbeitungsindustrie ausgearbeitet wird.

2.4 Einbezug alternativer Finanzierungsquellen

Temporäre Erhöhung der Mehrwertsteuer

Als zusätzliche optionale Finanzierungsquelle für die Begleitmassnahmen wurde in der Vorlage eine temporäre Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes vorgeschlagen.

Die Kantone FR und JU sind gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, weil dadurch die Kosten für die Landwirtschaft statt gesenkt erhöht werden und ihre Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert wird. Die Kantone JU und VD sprechen sich gegen eine Beteiligung der Kantone an der Finanzierung der Begleitmassnahmen aus.

Die FDP wehrt sich gegen Steuererhöhungen. Die SPS lehnt dagegen die Idee einer unter Umständen befristeten Anhebung der Mehrwertsteuer nicht zum vornherein ab. Ein Anhebung nur des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für den Grundbedarf sei jedoch der falsche Weg.

Bäuerliche Kreise (Uniterre, SBLV, Prométerre) und Emmi sehen wenig Chancen für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Grossverteiler (Migros, Coop) und die Konsumenten (kf) lehnen sie ab. Coop will die Konsumenten schonen, da diese bereits die Agrarzolleinnahmen bezahlen würden. Falls überhaupt eine Mehrwertsteuer-Erhöpfung in Betracht gezogen werden soll, wäre nach der Meinung der Migros allenfalls eine massvolle temporäre Erhöhung, die jedoch wie bei der IV-Revision linear ausgestaltet werden müsste, diskutabel. Der Fleisch-Fachverband (SFF) beantragt, dass der Bundesrat Teil B der Mehrwertsteuervorlage zurückzieht, um seinen Spielraum für eine mit der Schuldenbremse konforme Finanzierung der Begleitmassnahmen möglichst gross zu halten. Ein reduzierter MWST-Satz wäre sonst nicht mehr möglich.

Aussagen zu anderen Finanzierungsquellen

Fünf Kantone (OW, NW, ZG, TG, VD) wehren sich gegen eine Kompensation im ordentlichen Agrarbudget des Bundes, da sonst die Landwirtschaft doppelt belastet würde. Drei Kantone (UR, ZG, NW) erachten es als richtig, die Kosten für die Begleitmassnahmen durch den Bund vorzufinanzieren und mit späteren Steuermehreinnahmen aufgrund der Steigerung des Bruttoinlandprodukts zu refinanzieren. Diese Lösung sei schuldenbremskonform und solle weiter verfolgt werden. Der Kanton AG lehnt eine Finanzierung über strukturelle Überschüsse und Mehreinnahmen aus Abgabenerhöhungen ab, da dadurch wirtschaftlich wichtige Branchen

mit hoher Wertschöpfung zugunsten der Landwirtschaft mit tiefer Wertschöpfung geschwächt würden. Eine Steuererhöhung würde die positiven Effekte des Freihandels schwächen. Deshalb befürwortet er eine Kompensation zulasten des Aufgabenbereichs Landwirtschaft. Bis zum Einführungszeitpunkt eines FHAL sei zudem die Agrarstützung umzugestalten: Die strukturerhaltenden Flächenbeiträge sollen durch Ausstiegs- und Umschulungshilfen ersetzt werden.

Die Landfrauen (SBLV) schlagen als alternative Finanzierungsquellen Abgaben auf Baulandverkäufen und auf den Exporten von Industriegütern und Dienstleistungen vor. Emmi erachtet es als wenig sinnvoll, Begleitmassnahmen durch Kürzungen im Agrarbudget zu finanzieren. Das Centre patronal zieht Einsparungen in andern Bereichen einer Mehrwertsteuererhöhung vor. Die IGAS weist darauf hin, dass von der Seite der bei ihnen vertretenen Konsumentenorganisationen FRC, ACSI und SKS vor den Gefahren der Inanspruchnahme neuer Subventionsquellen gewarnt wird.

2.5 Befristung der Massnahme

Die Kantone äussern sich mit einer Ausnahme nicht zur Befristung auf 8 Jahre. Nur der Kanton BE betont die Wichtigkeit der Befristung.

Die FDP und SPS halten fest, dass die Begleitmassnahmen nur befristet ausgerichtet werden dürfen.

Bäuerliche Kreise (SBV, swissem, SKMV, SGPV und VKGS), Verarbeiter (DSM, VSF), Branchenorganisationen (Swiss granum, swisscofel), der Gewerbeverband (SGV) und die Nahrungsmittelindustrie (fial) fordern permanente Begleitmassnahmen. Die economiesuisse postuliert, dass permanente Massnahmen für die Landwirtschaft im Rahmen des ordentlichen Landwirtschaftsbudgets Platz finden soll.

2.6 Redaktionelle Änderungsvorschläge

Erläuterungen

Drei Kantone (FR, JU, VD) kritisieren, dass die Auswirkungen eines FHAL in den Erläuterungen zu optimistisch dargestellt werden. Sie sind der Meinung, dass die Kostensenkungen in der Landwirtschaft wegen dem generell teureren Kostenumfeld und den höheren Auflagen nicht im erforderlichen Ausmass gesenkt werden können. Der Kanton GR erachtet einen jährlichen Strukturwandel von 2,5 Prozent in den nächsten 20 Jahren als nicht zumutbar. Der Kanton VD wünscht eine Präzisierung der Mittelverwendung für den Fall, dass keines der beiden Abkommen zu einem Abschluss käme.

Gemäss dem Kanton TG, Prométerre, ASS und der VSGP sind die geschätzten Aufwände für Begleitmassnahmen gemäss der ausgewiesenen Einkommenslücke zu niedrig. Das Centre patronal bezeichnet ein nachhaltig um 0,5 Prozent höheres Wachstum auf Grund eines FHAL als eine zu optimistische Annahme in Anbetracht der Finanzkrise. Economiesuisse fordert eine Überprüfung der prognostizierten Beitragshöhe. Berücksichtigt werden müsse insbesondere die Abdiskontierung der Einkommen in ferner Zukunft und die Altersstruktur der Landwirte, da Neueinsteigende unter den FHAL-Bedingungen weniger hoch entschädigt werden

müssen. Zudem sei auch eine Abnahme des Sektoreinkommens von über 2,5 Prozent verkraftbar.

Der Aussage auf Seite 25 (1.5.3) der Vernehmlassungsvorlage, wonach die Agrarzolleinnahmen allenfalls ausreichen könnten, widersprechen bäuerliche Kreise (SBV, Prométerre). Die notwendigen Aufwände für permanente und befristete Begleitmassnahmen seien wesentlich höher. Uniterre kritisiert, dass nur eine Reduktion aber keine Erhöhung der Zweckbindung vorgesehen sei.

Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG)

AGORA vertritt die Ansicht, dass in *Absatz 2* von Artikel 19a die Spezialfinanzierung nicht nur auf ein WTO- und FHAL-Abschluss beschränkt werden darf.

Der Kanton BL beantragt die Streichung des ersten Satzes in *Absatz 3*, da dieser zu missverständlich sei. Man könne verstehen, dass die Mittel nach 8 Jahren automatisch für Begleitmassnahmen eingesetzt werden müssten. In *Absatz 4* beantragt er, dass die Dauer der Begleitmassnahmen auf 5 Jahre nach Abschluss eines Abkommens beschränkt wird. Der Kanton FR und AGORA monieren, dass bei einem geringeren Mittelbedarf der Bundesrat die Zweckbindung reduzieren könne, aber im umgekehrten Fall nichts vorgesehen sei.

Behörden

Regierung des Kantons Zürich	ZH
Regierung des Kantons Bern	BE
Regierung des Kantons Luzern	LU
Regierung des Kantons Uri	UR
Regierung des Kantons Schwyz	SZ
Regierung des Kantons Obwalden	OW
Regierung des Kantons Nidwalden	NW
Regierung des Kantons Glarus	GL
Regierung des Kantons Zug	ZG
Gouvernement du canton de Fribourg	FR
Regierung des Kantons Solothurn	SO
Regierung des Kantons Basel-Stadt	BS
Regierung des Kantons Basel-Landschaft	BL
Regierung des Kantons Schaffhausen	SH
Regierung des Kantons Appenzell-Ausserrhoden	AR
Regierung des Kantons Appenzell-Innerrhoden	AI
Regierung des Kantons St. Gallen	SG
Regierung des Kantons Graubünden	GR
Regierung des Kantons Aargau	AG
Regierung des Kantons Thurgau	TG
Governo del Cantone Ticino	TI
Gouvernement du canton de Vaud	VD
Regierung des Kantons Wallis	VS
Gouvernement du canton de Neuchâtel	NE
Gouvernement du canton de Genève	GE
Gouvernement du canton du Jura	JU

Politische Parteien

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz	FDP
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SPS
Schweizerische Volkspartei	SVP
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz	CVP
Grüne Partei der Schweiz	GPS
Christliche-soziale Partei	CSP

Bäuerliche, berufsständische Organisationen

Schweizerischer Bauernverband	SBV
Association des groupements et organisations romands de l'agriculture	AGORA
Schweizerische Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern	VKMB
Uniterre	
Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband	SBLV
Schweizerische Reformierte Arbeitsgemeinschaft Kirche und Landwirtschaft	SRAKLA
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB

Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen	BIO-SUISSE
Schweizerische Vereinigung integriert produzierender Bauern und Bäuerinnen	IP-Suisse
Association vaudoise de promotion des métiers de la terre	Prométerre
Produktionsmittel	
fenaco	
Schweizerischer Saatgutproduzenten-Verband	swissem
Association Suisse des Sélectionneurs	ASS
Schweizerischer Landmaschinenverband	SLV
Vereinigung Schweizerischer Futtermittelfabrikanten	VSF
Milchwirtschaft	
Schweizer Milchproduzenten	SMP
Branchenorganisation Butter	BOB
Branchenorganisation Schweizer Milchpulver	BSM
Emmi Schweiz AG	Emmi
Viehwirtschaft	
Schweizerischer Kälbermäster-Verband	SKMV
Suisseporcs	
Vereinigung der Schweizer Eierproduzenten	GalloSuisse
Schweizer Geflügelproduzenten	SGP
Pflanzenbau	
Swiss granum	
Schweizerischer Getreideproduzentenverband	SGPV
Verband kollektiver Getreidesammelstellen der Schweiz	VKGS
Dachverband Schweizerischer Müller	DSM
Swisspatat	
Verband des Schweiz. Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels	swisscofel
Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten	VSGP
Detailhandel und Konsum	
Migros-Genossenschafts-Bund	Migros
Coop Schweiz	Coop
Konsumentenforum	kf
Stiftung für Konsumentenschutz	SKS
Wirtschaftsverbände und Nahrungsmittelindustrie	
economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen	economiesuisse
Schweizerischer Arbeitgeberverband	
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV /USAM
Schweizerischer Gewerkschaftsbund	SGB
Centre Patronal	
Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien	fial
Réservesuisse Nahrungsvorsorge Schweiz	Réservesuisse
Schweizer Fleisch-Fachverband	SFF

Umwelt-, Natur-, Tierschutz

Schweizer Vogelschutz - Birdlife Schweiz
Pro Natura

SVS

Andere Gruppierungen

Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz

IGAS